

Anrede...

Im Januar wies Sven Rose in einer Ausschusssitzung darauf hin, dass die Anlieger möglicherweise Kosten tragen müssen, wenn der Fuß-/Radweg am Postweg umgestaltet werden sollte.

Wie kommt das? Hatte nicht die vorherige Landesregierung aus CDU und FDP beschlossen, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen?

Nicht ganz. Es wurde stattdessen kurz vor der Wahl im Mai 2022 ein Förderprogramm aufgelegt, aus dem die Beiträge der Anlieger bei Straßenausbaumaßnahmen bezahlt werden. Aber der Topf ist begrenzt auf 65 Mio€. Wenn er leer ist, zahlen wieder die Anlieger.

Die Landesregierung hatte angekündigt, die Beiträge komplett abzuschaffen und somit auch den unnötigen Verwaltungsaufwand der Kommunen für die Abrechnungen entfallen zu lassen. Bis heute liegt aber kein Gesetzentwurf der neuen Landesregierung dazu vor. Möglicherweise müssen Bürgerinnen und Bürger bis zur nächsten Wahl warten, bis wieder neue Versprechungen gemacht werden.

Städte Kreise und Gemeinden benötigen anstelle einer unüberschaubaren Anzahl unterschiedlicher Förderprogramme eine angemessene Finanzausstattung. Es kann doch nicht richtig sein, dass Kommunen extra Mitarbeiter einstellen müssen, deren Aufgabe es ist, Förderöpfe für alle möglichen Maßnahmen zu finden.

Auch die Isolierung der Corona- und Kriegsfolgen ist doch letztlich nur Kosmetik, die die wahre finanzielle Lage der Kommunen verschleiert, statt Geld aus dem Landeshaushalt zur Verfügung zu stellen.

Für uns stellt sich die finanzielle Lage unserer Gemeinde insbesondere auf der Einnahmeseite recht gut dar. Die Zahlen bei der Gewerbe- und Einkommenssteuer bewegen sich auf Rekordniveau. Trotzdem zeigt der Blick in die Zukunft, den uns der Kämmerer im Haushaltsplanentwurf gewährt, dass im Finanzplanungszeitraum bis 2025 die Ausgleichsrücklage aufgebraucht sein wird. Dann müssten wir zum Haushaltsausgleich auf die allgemeine Rücklage zurückgreifen. Das wiederum würde ein Haushaltssicherungskonzept nötig machen und wir müssten zunächst mal alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand stellen. Wir werden das Thema also im Auge behalten müssen.

Investitionen, und davon enthält der vorliegende Entwurf einen nie dagewesenen Wert, werden in der Regel mit Krediten finanziert. Auch wenn Kommunen derzeit Schulden zu sehr günstigen Konditionen machen können, müssen sie doch zurückgezahlt werden. Das schränkt den Handlungsspielraum in der Zukunft ein. Wir sollten also alle Maßnahmen, die wir uns vorgenommen haben immer wieder auf ihre Notwendigkeit überprüfen und nur das realisieren, was unbedingt nötig ist.

In diesem Zusammenhang sehen wir die geplante Maßnahme zur Umgestaltung der Debusstraße. Der bisherige Planentwurf führt zu einem deutlichen Wegfall von Parkplätzen, die heute intensiv genutzt werden. Schaden wir damit unseren Geschäften und Praxen im Ortskern nicht mehr, als auf der anderen Seite Nutzen entsteht?

Kürzlich wurde in Clarholz der Schaffung von Parkplätzen direkt vor einem Geschäft zugestimmt, obwohl auf der anderen Straßenseite ein großer Parkplatz existiert. Der Bedarf besteht offensichtlich nicht nur aus Sicht der Gewerbebetriebe. Wir sollten Kunden nicht mit dem Verweis auf Lastenfahrräder abspeisen. Die leichte Erreichbarkeit und kostenloses Parken in der Nähe der Einkaufsstätte stellen Standortvorteile für unsere Gewerbetreibenden dar. Die sollten wir nicht leichtfertig aufgeben.

Wir haben einen Sperrvermerk im Haushaltsplan betragt, um die Maßnahme Debusstraße vor einer Realisierung noch einmal im Rat zu diskutieren. Der Fachausschuss ist dem gefolgt. Die Gewährung von Fördergeldern sollte uns nicht dazu verleiten, eigene Finanzmittel aufzuwenden für eine Maßnahme, von der wir nicht wirklich überzeugt sind.

Im Sozialausschuss wurde unser Antrag, die Gütersloher Tafel mit einem Betrag von 5.000€ zu unterstützen beraten. In Rheda-Wiedenbrück hat ein ähnlicher Antrag im letzten Jahr eine Mehrheit gefunden. Leider konnte unser Sozialausschuss sich dazu nicht durchringen. Vielmehr wurde der Bürgermeister beauftragt, mit den anderen Kommunen darüber zu sprechen, hier ein einheitliches Vorgehen herzustellen.

Allerdings haben wir jetzt keinen Ansatz im Haushalt, um im Laufe des Jahres bei Einigung mit anderen Kommunen einen entsprechenden Betrag zur Verfügung stellen zu können.

Die Tafeln leisten einen wichtigen Beitrag zur

Unterstützung von bedürftigen Menschen und bieten eine sinnvolle Verwendung von übriggebliebenen Lebensmitteln. Mit dieser Arbeit stoßen sie derzeit oft an ihre Grenzen. Immer mehr Menschen sind aufgrund von Inflation und extrem steigenden Energiekosten auf Hilfe angewiesen. Die Flüchtlinge aus der Ukraine haben die angespannte Lage weiter erschwert.

Steigende Energiekosten führen auch bei der Tafel zu großen finanziellen Belastungen. Deshalb möchten wir unseren Antrag insofern ergänzen, dass die Auszahlung mit einem Sperrvermerk versehen wird. Der Sperrvermerk könnte durch den Sozialausschuss aufgehoben werden, wenn sich eine Einigung mit anderen Kommunen abzeichnet.

Interessanter Weise scheint auch das Land die Wichtigkeit der Tafeln zu sehen. Aus dem Sozialministerium wurde jüngst gemeldet, dass man dort über eine finanzielle Förderung nachdenke. Bis dahin könnte ein Zuschuss unserer Gemeinde die Arbeit der Tafel auch in Herzebrock-Clarholz absichern.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal auf die teilweise angespannte Stimmung im Rat und in den Gremien in der jüngeren Vergangenheit eingehen. Durch den letztlich zurückgezogenen Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung in der Dezember-Sitzung wurde deutlich, dass es zwischen Rat, Ausschüssen und Bürgermeister manchmal Spannungen gab.

Natürlich wollen wir alle Themen auf den Weg bringen und z.B. bei der Diskussion zum Bebauungsplan Postweg-Mitte oder zum Rathausneubau diesen oder jenen Aspekt noch einmal beleuchten. Dass das Arbeit bei der Verwaltung verursacht und somit Zeit kostet lässt sich nicht vermeiden. Das muss man natürlich auch als neues Mitglied erst einmal verinnerlichen.

Der Rat hat durch die Zustimmung zu den Personalanforderungen im Stellenplan gezeigt, dass er bereit ist, erforderliches Personal zur Verfügung zu stellen. Ob es gelingt, die Stellen zu besetzen ist nicht immer für alle deutlich. Es wäre wünschenswert, dass der Rat bzw. der Hauptausschuss regelmäßig über die unbesetzten Stellen informiert wird. Vielleicht wird dadurch das Verständnis über die Belastung der Verwaltung besser.

Auf jeden Fall sollten wir versuchen, dem jeweils anderen keinen bösen Willen zu unterstellen. Wir wollen doch alle etwas für unsere Gemeinde und ihre Bürgerinnen und Bürger erreichen – mit gegenseitigem Verständnis können

wir uns da die Arbeit leichter machen und trotzdem zum Ziel kommen.

In diesem Sinne danke ich allen, die an der Aufstellung und Beratung des Haushaltsplanes 2023 mitgewirkt haben herzlich für ihre Arbeit und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

SPD-Herzebrock-Clarholz
Heinz Willikonsky, Februar 2023